

Quartiersmanagement, Stadtentwicklung, Bürgergesellschaft

Stadt im Wandel: Wie bürgerschaftlich ist Stadtplanung?

■ Konrad Hummel

Bei der Stadtentwicklung und bei der Stadtplanung wird derzeit und gemeinhin an Bürgerbeteiligung, aber noch nicht an Bürgerengagement gedacht. Die Stadt wird als historisch-umbautes Gebilde und Gegenstand der Planer und Investoren betrachtet. Die Kommunen sind aber der Ort des Bürgerengagements schlechthin.

Die Handlungsebenen des bürgerschaftlichen Engagements von einzelnen Menschen und von Gruppen, von Unternehmen und Institutionen werden durchdrungen von den Sphären Staat, Markt und Zivilgesellschaft und von den Rahmenbedingungen Gesetze, Milieus, Ethnien. Diese Kräfte steuern die Kommune wesentlich nachhaltiger als sie es selbst Selbstverwaltungsrollen, Vereinigungen und Institutionen des bürgerschaftlichen Engagements tun kann.

Kommunen müssen solche Einflüsse »von außen« aktiv in ihr kommunales Förderkonzept des bürgerschaftlichen Engagements einbauen und nicht als Störung oder rein instrumentell als Möglichkeit zur »Mitnahme von Drittmitteln« betrachten. Nüchterner drücken das Planer aus (Saubierzweig in Kreft/Mielenz, Wörterbuch der sozialen Arbeit 1996, S.581): »Wirtschaftliche Faktoren und Interessen bestimmen die Entwicklung in den Städten sehr viel stärker als das überkommene System kommunaler Selbstverwaltung.«

Diese Betrachtung bringt Städte (und ihre Bürger) in eine Opferrolle und es darf bezweifelt werden, ob das System der Selbstverwaltung für eine Bürgergesellschaft nicht von höchster Relevanz ist. In der Selbstverwaltung sucht die Kommunalpolitik den Ausgleich der vielen lokalen Interessen. In der Kommune treffen die Engagementbereiche direkt aufeinander – Sport, Umwelt, Kinder etc. –, präsentieren sich in unterschiedlich modernen oder milieugebundenen Formen und vor allem in den Stadtteilen und Quartieren höchst eigensinnig-vielfältig, suchen

den Ausgleich miteinander, aber auch Abgrenzung an Einfluss und Kampf um Unterstützung. Dabei ist auch das Ausbleiben von Engagement, die Verweigerung oder »negatives kriminelles Engagement« ein wichtiger Faktor der Stadtentwicklung.

Stadtentwicklung und kommunale Entwicklungsplanung sind lange rein städtebaulich und infrastrukturell verstanden worden: Es wurden Indikatoren gebildet und Quartiere identifiziert, Stadtteilbrennpunkte benannt. Entsprechend den großen Themen der Republik war die Stadtentwicklungsplanung in den 1970er Jahren mit Demokratie und integrierter Stadtentwicklung verbunden, die Bürgerbeteiligung wurde verrechtlicht und die Euphorie der Planung wich der Enttäuschung. Später traten umfassende Leitbildprozesse an deren Stelle.

Das wichtige städtebauliche Förderprogramm »Soziale Stadt« hat dann zehn Jahre lang seit 1996 Millionen in die Wohnungssanierung schwieriger Stadtteile gesteckt und ist damit diesem Schwerpunkt gefolgt, hat sozusagen die Folgen sozialer Deklassierung bestimmter Gruppen und Stadtteile in der Folge »wirtschaftlicher Faktoren« durch staatliche Intervention gegengesteuert. Im Vor- und Umfeld (vgl. Quartierfonds in den Niederlanden, Wohnen in Nachbarschaft in Bremen, Expertisen des DIFU-Instituts, Ergänzung der Programme durch Quartiersmanager) wurde das Programm sozial erweitert, aber nicht auf bürgerschaftliche Beine gestellt.

Mit den großen Fragen des demografischen Wandels, der Migration und des Wertewandels wird deutlich: Das innere Gefüge der Stadt befindet sich in größerem Umbruch als der umbaute Raum. Der Stadtentwicklung muss es gelingen, die »typischen« Städtebaufragen von Wohnen, Infrastruktur, Verkehr, Wirtschaftsansiedlung im ständigen Wechselspiel zu diesem inneren Gefüge zu betrachten, Bürger also nicht nur zu »betei-

Dr. Konrad Hummel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. E-Mail konradhummel@web.de

ligen«, sondern im umbauten Raum den Prozessen Ausdruck zu verleihen, die sozialen Prozesse zu befruchten, Bürger zu Mitproduzenten zu machen.

Wichtige Partner der traditionellen Stadtplanung sind Wohnbauunternehmen. Sie werden längst von beiden Seiten der Stadtentwicklung erreicht, der baulichen und der demografisch-sozialen. Viele Unternehmen gestalten inzwischen ihre eigene Engagementpolitik ähnlich wie Kirchengemeinden, Sozialverbände u. a. parallel zur Stadt – und es scheint in vielen Fällen nur ansatzweise vernetzt.

Die Kommune ist, jenseits der Parteien, als Selbstverwaltungsorgan an einem Interessenausgleich aller engagierten Menschen interessiert. Sie muss nicht erst interessiert werden für Engagement. Gelegentlich steuert die Kommune gegen alte Strukturen an (alte Stadtteile haben einflussreiche Vereine, neue Stadtteile werden gefördert) oder ringt um rituelle oder paritätische Kompromisse (Träger, Religionsgruppen und Kompromisse zwischen ethnischen Gruppen). Von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung einer kommunalen Engagementpolitik ist, ob der Interessenausgleich als Befriedung oder als Bereicherung durch Spannung und Vielfalt verstanden wird.

Die jetzigen Kommunalverwaltungen haben sich solcher sozialer Vorgänge mit verschiedener Kompetenz bemächtigt und zur Dienstleistung, zum Verwaltungsvollzug umgewandelt. Für die Stadtplanung haben Kommunen professionelle Bürgerbeteiligungsverfahren vorgesehen, für das traditionelle Ehrenamt die Ressorts und Verbandsförderstrukturen, für Senioren bundesgeförderte Seniorenbüros oder Mehrgenerationstreffpunkte und für neue Engagement-Formen Freiwilligenagenturen – meist bei anderen Trägern.

Darin liegt freilich ein Strukturdilemma: Kommunales Handeln folgt prinzipiell rechtlich überprüfbaren, kontrollierbaren, transparenten, mehrheitsfähigen, rationalen Normen. Bürgerschaftliches Engagement ist in seinem inneren Kern und Wesen das Gegenteil: parteilich, emotional, gegensteuernd, gruppenorientiert. Alle Städte, die sich derzeit auf weitergehende Konzeptionen und Anlaufstellen für Engagement eingelassen haben, brauchen darauf eine plausible organisatorische Antwort (Bonn, Augsburg,

Nürtingen, Köln, Berlin u. a.); am ehesten löst das noch Nürtingen: mit der symbolisch-sprachlichen Trennung von Beteiligung und Engagement.

Die Gefahr liegt auf der Hand, dass sich die Kommunalpolitik der Spannung entzieht und delegiert an Institutionen. Für das Engagement ist irgendwer Drittes zuständig. Für die Vereine ein Dezernat, für die Wirtschaft die Parteien, für die Stadt-

planung professionelle Planungsbüros. In anderen Bereichen der (Sozial-) Integration fehlt es in Kommunen an Engagement (und Zivilcourage), weil sich wesentliche Gruppen in eine innere Emigration verabschiedet haben oder hoch spezialisiert versorgt werden (Behinderte, Arme, Schwerkranke etc.). Dort wird dann klassisch um Ehrenamt geworben, teilweise in Konkurrenz zu den Kirchen.

Bürgerengagement ist kein kommunales Ressort

Im traditionellen Verständnis von Ehrenamt und kommunaler Selbstverwaltung ist dies Sache des jeweiligen Oberbürgermeisters mit entsprechender Anerkennungskultur der Empfänge und Würdigungen bis zu Auszeichnungen (Bürgermedaillen). Deren satzungsrechtliche Kriterien stabilisieren die Wahrnehmung, dass es um langjährige Treue und Mitarbeit geht. Ebenso wird Engagement sektoral und hierarchisch gedacht. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften ehren »ihre« Ehrenamtler, Bund, Länder und Kommunen nehmen unterschiedliche Ehrungen vor.

Einige Kommunen haben sich um Leitbilder bemüht (Arnsberg, Rheine, Köln) und versuchen den Weg der »Lokalen Agenda 21« fortzusetzen, der eine neue nachhaltige Politik auf den alten und für traditionelle Planer verstehbaren Pfade der kommunalen Stadtentwicklung umsetzen will. Dies führt paradoxerweise dann zu Beschlüssen, wonach eine Kommune das Engagement innerhalb von x Jahren um y steigern soll.

Finanziell werden keine Querschnittshaushaltsstellen gebildet, etwa dass jedes städtische Dezernat die Kosten von teilbezahltem Ehrenamt (beispielsweise Naturschutzbeauftragte etc.), Qualifikation, Versicherungen oder Empfänge einheitlich ausweist oder auch kostenrelevante freie Dienstleistungen für Vereine – vom gebührenbefreiten Infostand bis zur überlassenen Halle – einbezieht. Ein gewichtiger Bereich ist die kooproductive Dienstleistung. Ein Grünamt stellt Fahrzeug und Mitarbeiter, um mit Freiwilligen am Samstag Flächen zu bearbeiten. Ein Sozialamt stellt Mitarbeiter, Räume und Fortbildung um mit Freiwilligen Schuldnerberatung zu machen. Wie wird dies kalkuliert und systematisch geplant und

evaluiert? Einige Kommunen haben Freiwilligenpässe oder Ehrenamtskarten entwickelt. Einige haben dies kombiniert mit Vergünstigungen für »sozial Schwache« (so Ulm). Einige setzen dafür Steuermittel ein, andere werben bei Unternehmen um Preisnachlässe.

Dahinter stecken teilweise unterschiedliche Staatsverständnisse: Würdigt der Staat in Form von städtischen Geldern und Patronage das Engagement oder moderiert die Stadt einen Prozess, wo alle in der Zivilgesellschaft sich gegenseitig auf Würdigungs- und Belohnungsstrukturen einigen (Ansatz in Nürtingen)?

Einige Städte greifen bundesweit geregelte Formen wie das freiwillige soziale Jahr auf, andere delegieren dies an den Stadtjugendring oder bauen selbst Strukturen auf. So wird das Engagement aller 14-Jährigen angeregt durch ein Austauschprogramm zwischen Schulen, Einsatzstellen, freiwilligen Mentoren und Schülern (in Augsburg das »change-in-Programm«, das u. a. auf Mittel im Umfang von einer Planstelle baut und das Land Baden-Württemberg mit dem »JES-Programm«).

Manche Städte bedienen sich der Stiftungen (Zeppelin in Friedrichshafen) oder initiieren Bürgerstiftungen. Wo es umfangreiche Stiftertraditionen gibt (von Augsburg bis Hamburg), stellen sich die gleichen Fragen der Modernisierung: Öffnen sich alte Stiftungen (mit Stiftungszwecken, die nur Katholiken oder nur Mädchen galten) den Erfordernissen einer demokratischen Zeit oder wahren Stiftungshüter Traditionen, die letztlich sogar gemeinwohlschädigend sind?

Viele Städte profitieren von umfangreichen Förderprogrammen der Sozialen Stadt, der Solardächer oder des Ganztagesschulhausumbaus. Wenige bauen En-

agement systematisch ein. Besonders paradox wird dies bei Förderprogrammen für Migranten und Flüchtlinge etwa durch das Bundesamt für Migration. Es entstehen Maßnahmenpakete für die betroffene Gruppe, teilweise mit der Mobilisierung Einzelner, selten werden örtliche Dachverbände etwa türkischer Vereine einbezogen.

Spannungsreich wird es dort, wo Methoden der Bürgerbeteiligung verbindlich an Bürgerengagementpolitik angedockt werden (derzeit mit den Panels und Kongressen in Rheinland-Pfalz). Dort bricht der klassische Legitimationskonflikt kommunaler Selbstverwaltung auf. Wie viel darf der Stadtrat allein entscheiden, wie viel ein Bürgerkongress; was kann von einem Bürgerbegehren wieder gekippt werden? So sinnvoll es sein mag, dass sich alle Ressorts an Bürgerengagement »versuchen«, braucht es dafür verbindliche Spielregeln, die direkt von der kommunalen Spitze – im Zweifel in der Person des Oberbürgermeisters – gelebt werden müssen.

Symbolisch sei das kleine Fallbeispiel von Augsburg eingefügt zum Empfang neu zugezogener Bürger. Dieser Empfang wurde von Freiwilligen im Rathaus durchgeführt. Entsprechend war auch der Oberbürgermeister nicht Einladender, sondern Gast der Freiwilligen. Die erschienenen Neubürger haben diese Rollendifferenz sofort gespürt und mehrheitlich befürwortet.

Solche Lernprozesse sind ungleich länger geworden durch die Aufteilung des Konzerns Stadt. Tochterfirmen und Betriebe, auch Wohnbaugesellschaften, orientieren sich am marktwirtschaftlichen Vorbild und nicht an bürgergesellschaftlichen Leitbildern. Dort werden sie eingeholt von einer modernen Mieter- und Kundenorientierung, die über Corporate-Citizenship-Vorstellungen und Corporate-Responsibility-Konzepte abfragt, was Unternehmen für die Bürgergesellschaft tun.

Es gibt einen hohen Bedarf, den Prozess des bürgerschaftlichen Engagements mehr zu begleiten als nur zu appellieren an ein »ressortübergreifendes Querschnittsarbeiten«. Dieser Prozess muss verbindlich verankert und die Stadtratsausschüsse müssen immer wieder mit dem Fortgang der »Bürgerstadt« konfrontiert werden. Nicht vergessen werden darf: Die Parteien in der Stadt sind selbst nicht nur Akteure, sondern auch Objekte

der Zivilgesellschaft. Auch ihnen gebricht es an generationenübergreifendem Engagement, an Modernisierung und Vernetzung.

Es erfordert deshalb ein Gesamtkonzept der Stadtentwicklung, das Bürgerengagement mit der Infrastruktur zusammen zu entwickeln, das die kommunale Landschaft auslotet in allen Quartieren, Themenfeldern und Gruppen.

Stadtquartier und dessen Management

Der Wunsch ist groß, mit diesem komplexen ressortübergreifenden Anspruch auf überschaubare Räume zu gehen. Bürgerengagement und Stadtumbau, demografischer Wandel und Stadtteilbudgets, bürgernahe Sozialpolitik und Mobilisierung der Mieternachbarschaft fokussiert nahezu alle Dimensionen an einem konkreten, vermeintlich fußläufigen, überschaubaren Ort. Moderne Dienstleistungstechniken erlauben die Illusion, dies bündeln zu können. Informationen, Wohnen, Arbeiten – alles so nahe es geht.

Auch die Integration von Migranten scheint nachbarschaftlich leichter zu erfolgen als rechtlich-normativ-abstrakt. Das Alleinsein und der Bedarf haushaltlicher Einfachhilfen im Alter erscheint in aktiver Nachbarschaft leichter. Der Verbleib in der eigenen Wohnung legt den Quartiersansatz nahe. Hoffnungen der Sozialarbeit haben sich an Quartiere gehängt. Deren Milieu wurde als Quelle solidarischen Handelns identifiziert. Tatsächlich ist der Milieubegriff im Umgangssprachlichen an Quartiere gebunden, in denen bestimmte Normen herrschen oder wie im *Rotlichtmilieu* außer Kraft sind.

Für das Bürgerengagement ist dieser Diskurs bedeutungsvoll. Er zeigt, wie sehr bürgerschaftliches Engagement kontextgebunden ist, erwachsen oder ersticken kann an bestimmten Orten und geltenden Normen. Die Milieus haben sich quasi aus den lebensbestimmenden Wohn- oder Arbeitsquartieren herausentwickelt. Heute ist es eher so, dass bestimmte Gruppen ihr Milieu einem Stadtteilquartier »überziehen«, sei es Studenten, die Innenstädte kippen oder deutsch-türkisch dominierte Quartiere, in denen ethnische und Milieumuster sich überlagern.

Die Milieuforschung und ihre Untersuchungen in Deutschland helfen seit einein-

halb Jahrzehnten Jahren weiter. Sie zeigen: Die soziale (Klassen-) Lage verschmilzt in Korrespondenz zu Lebensstilen und Grundorientierungen (im Spannungsbogen von traditionell bis postmodern) zu Milieus. Diese Milieus sind Schnittstellen zu Bürgerengagement. Die Vergewisserung eines eigenen Lebensstiles braucht den Weg über öffentliches Handeln, Konsumieren, Wohnen etc., braucht eine Bühne und Performanz gerade auch jenseits der Schul- oder Arbeitswelt. Wichtige Teile des Bürgerengagements sind geradezu Schaufenster bestimmter Milieus.

Im Umkehrschluss heißt dies für die Quartiersentwicklung: Ein Verschwinden klarer Milieupräferenzen macht auch die Formen des Bürgerengagements in solchen Stadtteilen »uneindeutiger«, individueller, zersplitterter. Nicht umsonst versuchen Kampagnen den Gesamtgeist wiederzubeleben etwa mit Parolen wie »Im Quartier X kein Platz für Nazis«.

Stadtplanung teilt oft lieblos in Bezirke auf. Historische Traditionalisten ziehen Grenzen wie in Kolonialzeiten. Ämter dominieren mit Mess- und Indikationszahlen die Stadtteile. Postleitzahlen und Verkehrslinien beeinflussen Identitäten, Zeitungen mühen sich um Stadtteilausgaben und schalten Informationswege quasi wie Lichtleitungen an und aus.

Deshalb kann es sinnvoll sein, Zuständigkeitsräume (z. B. Sozialraumplanung) ressortübergreifend neu zu ordnen, um alle einzubeziehen. Von zentraler Bedeutung für die »Quellenergie« von Bürgerengagement in der Kommune kann sein, diese Stadträume transparent zu ordnen. Beispielsweise können Ämterzuständigkeiten von der alphabetischen Karteiführung zur territorialen übergehen. Es können Ämterteile vor Ort kooperieren, Zuschüsse oder Zuständigkeiten territorial gebündelt werden.

Die Neigung von Trägern, beispielsweise ihre Schulsozialarbeiter trägerspezifisch zusammenzuführen, kann gewandelt werden, sie sozialräumlich in die Kooperation zu schicken. Statistiken können gleiche Räume umfassen wie die vorgefundenen. Schulsprengel könnten beweglicher werden, Einzugsbereiche von Pflegedienste andere Tarife im Referenzstadtteil erheben. Diese Räume sind Kunstwerke, weil sie zwischen historisch gewachsenen Strukturen, sozialen Notwendigkeiten und ökonomischen Sachzwängen einen Kompromiss zu finden haben.

Einige Quartiere können 2.000 andere 60.000 Menschen haben. Da mögen lange Definitionen herangezogen oder der Begriff »sinnlich und historisch gewachsener Räume« strapaziert werden, um völlig unterschiedliche Quartiere zu begründen, nur hilft dies unter modernen Gesellschaftsbedingungen nicht weiter. Nur vergleichbare Räume können in innerstädtischen Vergleichen und Strategien bestehen, nur leistungsfähige Strukturen lassen Vielfalt erfahren. Sozialräume müssen geschnitten werden in der Mischung aus kommunaler Leistungsfähigkeit und innerstädtischer Verteilungsgerechtigkeit im Kontext von historisch nachvollziehbaren und kulturell sichtbaren Räumen.

Dann können Budgets Sinn machen, innerhalb derer sich Quartiere andere Prioritäten setzen können, Milieuspezifika pflegen und Stärken entwickeln können und Engagement komplementär entsteht um dieses »Gemeinwesen« zu verlebendigen.

Quartiere im demografischen Wandel

Die Quartiersorientierung erhält große Brisanz in Bevölkerungsbereichen, die nicht unmittelbar der großen Mobilität ausgesetzt sind, den Älteren.

Bisherige Altenhilfe war rein funktional strukturiert mit Versorgungsdienstleistungen wie beispielsweise Heimen, unabhängig, wo sie situiert waren. Die ambulanten Dienste wie Sozialstationen erwachsen zwar häufig aus kirchlichen oder arbeiterspezifischen Nachbarschaftsdiensten, folgten aber ebenso schnell den Marktprinzipien der Rentabilität und Effizienz. Aufwendige Dienste wie Nachtwachen oder niedrigschwellige Dienste wie Besuchs- und Bringendienste fielen der Marginalisierung anheim und schwächten so die »Alternative« ambulant vor stationär.

Verkehrs-, Gesundheits- und Wohnungspolitik trugen oftmals nicht dazu bei, den altersbedingten Verbleib in den Quartieren zu sichern. Wenn aber dies in Synergie gelingt und die Dienste sich weniger marktwirtschaftlich kurzfristig, sondern zivilgesellschaftlich-ökonomisch nachhaltig engagieren, kann der Durchbruch gelingen, auch in schwierigen Lebenslagen jedes Problem Älterer im Quar-

tier angemessen zu lösen. Dass dies voraussichtlich auch günstiger ausfallen wird, zeigt eine engagierte Arbeitsgruppe SONG der Bertelsmann Stiftung zum Thema Lebensräume im Quartier. Diese Arbeitsgruppe geht konsequenterweise sogar soweit, dass sie neue Pflegekoordinationsstellen ablehnt, weil sie bestehende Vernetzungen aufweicht. Freilich zeigt die Arbeit auf, dass sich auch Förderstrukturen ändern müssen in Richtung auf einen Mix. Nicht alles könne in Einzelfallhilfen wandern. Eine Subjektförderung sei wichtig vor reiner Objektförderung über Verbände.

Rechte und Pflichten, Verhaltensmaximen des Bürgers anzuschauen ist weder ein Rückfall in die soziale Kontrolle des Dorfes oder die kostenlose Mithilfe an

Staatsprogrammen, noch die Verpolitisierung aller Alltagsvorgänge. Es ist die Abwägung, dass dies individuell ein Kompromiss sein muss zwischen den Lebensstilen, Lebensweisen, interkulturellen und religiösen Normen und macht Stadtentwicklungsplanung zu einem dauernden Prozess der Reflexion und des Diskurses. Entsprechend muss dieser Prozess organisiert werden. Es ist eher die Formel, dass künftige Demokratieentwicklung Bürgerengagement nicht mehr am Ende einbezieht, sondern von Anfang an – von der Formulierung bis zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen. Älter werden im Quartier ist unter bürgerschaftlichen Gesichtspunkten ein Prozess, in dem abgewogen, Kompromisse gemacht und pragmatisch gehandelt werden muss.

Schlussfolgerung:

Die Zivilgesellschaft ist ein »Projekt von Projekten«

Engagementpolitik ist als solche nicht neu, aber die Herausforderungen sind stärker geworden durch Wandlungen des Engagements und die Eigenlogik der drei Sphären der Bürgergesellschaft: Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft. Insbesondere der Wandel der Stadtgesellschaften mit einer grundlegenden Teilhabe aller Gruppen und die Öffnung der gesellschaftstragenden Institutionen über ihren kurzfristigen Nutzeneffekt hinaus, ist die entscheidende Voraussetzung für nachhaltiges Engagement.

Das Engagementprojekt ist ein Kooperationsprojekt. Alle Innovationsbeispiele, die Stiftungen international auszeichnen – wie die Integrationsschule Toronto in Kanada (vgl. Seite 10) – sind solche Tandem-Projekte. Sie brauchen eine intensive Wechselwirkung von engagierten Bürgern, betroffenen Profis und Institutionen. Michael Walzer nennt die Zivilgesellschaft ein »Projekt von Projekten«, das neue Organisationsformen und aber auch neue »Empfänglichkeit auf der lokalen, spezifischen Ebene erfordert« (Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin 1992).

Dieses »Projekt der Projekte« entsteht nicht durch die Gewinnung einiger Helfer, sondern durch den Umbau politischer Prozesse. Dies ist in einigen Städten gelungen mit erheblichen Auswirkungen auf Menschen (»Betroffene zu Beteiligten

machen«) und Institutionen. An anderen Stellen bleibt der Wandel vorläufig, bruchstückhaft und ruft Widerstände hervor, besonders wenn es um die Verkürzung geht, Engagement sei nur reine Interessenvertretung der »Sprechenden« und nicht aller, auch der Unsichtbaren in dieser Gesellschaft.

Stadtentwicklung wird sich auf den alten Auftrag von Alexander Mitscherlich (Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt am Main 1965) besinnen müssen: Die Kommune muss als der »Ort der Entstehung der Freiheit als Lebensgefühl« auch der Ort der Ermöglichung von Bürgerengagement sein, also der Umsetzung von Rechten, Pflichten, Rollen und Teilhabechancen aller in der Stadt.

Wo Stadt dazu ihrer Bürgerschaft nicht nur Engagement ermöglicht, sondern auffordert, vernetzt, öffnet, individuell stärkt und mit Herausforderungen des Wandels konfrontiert, wird sie ihrer Rolle als Integrationszentrum gegen die zentrifugalen Kräfte eines gespaltenen, parzellierten Gesellschaft gerecht. So vermeidet die Stadt, sich zurückzuentwickeln zu einem festungsähnlichen, erstarrten, kurzum manipulierenden, passiven Ort einer Burg, Zitadelle, Wirtschaftsstandorts oder Unterhaltungsjahrmarkts.

Das und nichts weniger ist die Frage angemessener Engagementpolitik. ♦